

Str 1928

1

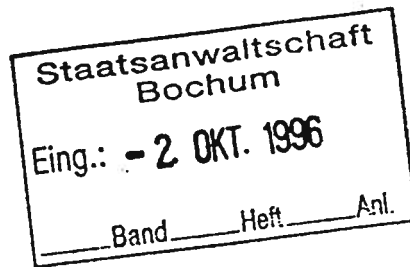
Rechtsanwaltspraxis

# Dr. jur. Theodor Liebknecht

Dr. jur. Theodor Liebknecht Kurt-Schuhmacher-Platz 18 44787 Bochum

An die  
Staatsanwaltschaft Bochum  
Westring 8

44787 Bochum



Dr. jur. Theodor Liebknecht  
Rechtsanwalt und Notar  
und Fachanwalt für Arbeitsrecht

~~Sybille Fleischer~~  
~~Rechtsanwältin~~

Kurt-Schuhmacher-Platz 18  
44787 Bochum

Telefon (0234) 6 68 08  
Telefax (0234) 6 73 94

30.09.1996

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stelle hiermit

## S t r a f a n t r a g

wegen sämtlicher in Betracht kommender Delikte und erstatte

## S t r a f a n z e i g e

ebenfalls wegen sämtlicher in Betracht kommender Delikte

g e g e n

Frau Rechtsanwältin Sybille Fleischer, Wilhelm-Engel-Str. 11,  
44789 Bochum.

### Gründe:

Frau Rechtsanwältin Sybille Fleischer wurde bei mir in meiner  
Praxis aufgrund Arbeitsvertrages vom 25.11.1991 als Rechtsanwältin  
angestellt.

In § 13 dieses Arbeitsvertrages wurde folgendes unter der Überschrift "Schweigepflicht" vereinbart:

*"Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, über alle ihm während seiner Tätigkeit bekannt werdenden Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, alle ihm bekannt gewordenen Herstellungsverfahren und sonstigen geschäftlichen bzw. betrieblichen Tatsachen auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses Stillschweigen zu bewahren."*

Weiter heißt es in § 17 dieses Arbeitsvertrages unter der Überschrift "Verschwiegenheitspflicht" wie folgt:

*"Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, über alle vertraulichen Angelegenheiten und Vorgänge, die ihm im Rahmen seiner Tätigkeit zur Kenntnis gelang auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis Stillschweigen zu bewahren."*

Mit Schreiben vom 30.08.1996, das Frau Fleischer am 30.08.1996 um 15.10 Uhr erhielt, sprach ich ihr die ordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses zum 31.12.1996 aus. Grund dieser ordentlichen Kündigung vom 30.08.1996 waren verhaltensbedingte Gründe im Verhalten von Frau Fleischer.

Frau Fleischer hatte dann vom 02.09. bis 20.09.1996 Urlaub.

In dieser Urlaubszeit bearbeitete ich die von Frau Fleischer bearbeiteten Akten weiter, wobei ich bei der Bearbeitung dieser Akten feststellen mußte, daß von Frau Fleischer in der Bearbeitung dieser von ihr bislang bearbeiteten Akten gravierende Fehler aufgetreten waren. Darüber hinaus beschwerten sich in der Urlaubszeit von Frau Fleischer zahlreiche Mandanten bei mir über die Arbeitsweise von Frau Fleischer in den von ihr bearbeiteten Sachen. Einige Mandanten äußerten sogar den Wunsch, das Mandatsverhältnis zu kündigen, wenn die bisher von Frau Fleischer bearbeiteten Sachen nicht ausschließlich von mir weiterbearbeitet würden.

Ich zog daraus meine Konsequenzen und teilte Frau Rechtsanwältin Fleischer an ihrem ersten Arbeitstag nach ihrem Urlaub am 23.09.1996 mit, daß sie bis zum Ende des Beschäftigungsverhältnisses am 31.12.1996 nur noch "praxisinterne" Arbeiten zu erledigen habe und mir weiter in den ihr von mir zur Verfügung gestellten Sachen zuarbeiten müsse. Hinzu kam, daß ich schon vorher über einen Zeitraum von ca. einem Jahr zahlreiche Abmahnungen wegen schlechter Arbeitsweise - großteils auch schriftlich - ausgesprochen hatte. Ich verbot ihr aus den vorstehend angegebenen Gründen die weitere Kontaktaufnahme mit meinen Mandanten. Insbesondere verbot ich ihr auch, noch telefonisch Kontakt mit Mandanten aufzunehmen. Dies sollte ab sofort nur noch von mir abgewickelt werden, da ich damit weiteren Schaden als den schon eingetretenen verhindern wollte.

Ebenso gab ich meinen Kanzleikräften die Anweisung, daß Mandanten, Versicherung, Behörden etc., die in Sachen anriefen, die bislang von Frau Fleischer bearbeitet wurden, nicht mehr zu ihr, sondern ausschließlich zu mir durchgestellt wurden mit dem gleichzeitigen Hinweis, daß die jeweiligen Sachen nun ausschließlich von mir persönlich weiterbearbeitet würden.

Diese vorstehend angegebenen Entscheidungen meinerseits haben ihre Grundlange in dem mir als Arbeitgeber zustehenden Weisungs- und Direktionsrecht.

Frau Fleischer nahm dies zum Anlaß, die in Kopie als

### A n l a g e 1

beigefügte Zeitungsannonce in der Zeitung "WAZ" vom 26.09.1996 aufzugeben. Ich vermute, daß diese gleiche Anzeige am gleichen Tag ebenso in den "Ruhr-Nachrichten" aufgegeben wurde, wozu ich bisher allerdings noch keinen Beleg in Händen habe. Gegebenenfalls wäre insoweit weiter zu ermitteln.

Mit ihrer Zeitungsannonce hat Frau Fleischer gegen die ihr arbeitsvertraglich obliegenden und gemäß Arbeitsvertrag auch ausdrücklich vereinbarten Verschwiegenheitspflichten und Schweigepflichten verstoßen.

Aus diesem Grunde war es ihr einmal untersagt, überhaupt in einer Zeitungsannonce mitzuteilen, daß sie ihre Mitarbeit in meiner Kanzlei zum 31.12.1996 beenden würde.

Desweiteren ist dieser Text der Anzeige auch falsch:

Frau Fleischer beendete nicht ihre Mitarbeit in meiner Praxis, sondern ihr Beschäftigungsverhältnis in meiner Praxis wurde von mir zum 31.12.1996 aufgrund meiner vorstehend angegebenen Kündigung beendet.

Untersagt war es ihr weiter, überhaupt den Text in die Annonce aufzunehmen, daß Anrufe an Frau Fleischer aufgrund meiner Anweisung nicht mehr zu ihr durchgestellt werden. Dies ist eine ausschließliche praxisinterne Weisung meinerseits aufgrund des mir zustehenden Direktions- und Weisungsrechtes. Dieser Text durfte nach außen hin überhaupt nicht weitergetragen werden.

Es liegt somit ein schwerwiegender Verstoß gegen die vertraglich vereinbarte Verschwiegenheitspflicht, aber vor allem ein Verrat von Betriebs- bzw. Geschäftsgeheimnissen (§ 17 UWG), vor, der nicht ungeahndet bleiben darf. Zudem ist die Anzeige ihrem Inhalt und ihrer Art nach ehrverletzend.

Eine Strafverfolgung liegt hier im öffentlichen Interesse, da ich als langjähriger Rechtsanwalt und Notar in der Öffentlichkeit stehe.

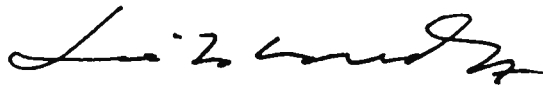
Aufgrund der vorstehend angegebenen Zeitungsannonce habe ich dann das Arbeitsverhältnis mit Frau Fleischer am 27.09.1996 mit sofortiger Wirkung fristlos gekündigt.

Ich beantrage,

wegen des vorstehend angeführten Sachverhalts die erforderliche Ermittlung aufzunehmen und ein dementsprechendes Ermittlungsverfahren gegen Frau Fleischer einzuleiten.

Ich bitte um umgehende Mitteilung des Aktenzeichens.

Hochachtungsvoll



(Dr. Liebkknecht)  
Rechtsanwalt und Notar

**A n l a g e 1**

Hiermit gebe ich bekannt, daß ich am 31. 12. 1996 meine Mitarbeit in der Kanzlei Dr. Theodor Liebkecht in Bochum beende.

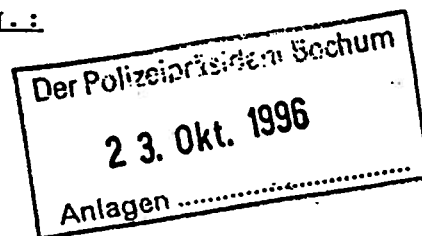
Ihre Anrufe werden auf Anweisung von Dr. Liebkecht nicht mehr zu mir durchgestellt.

Deshalb bedanke ich mich bei allen von mir betreuten Mandanten an dieser Stelle für das mir in den letzten 5 Jahren entgegengebrachte Vertrauen !

**Sybille Fleischer**  
Rechtsanwältin

Staatsanwaltschaft Bochum  
911 Js 99/96

Vfg.:



U.m.A.  
dem Polizeipräsidenten  
Bochum  
- Kriminalpolizei -

mit der Bitte übersandt, Frau Rechtsanwältin Sybille Fleischer  
verantwortlich zu vernehmen.

Bochum, den 15.10.1996

*Wagner-Sonnenschein*  
(Wagner-Sonnenschein)  
Staatsanwältin

PP Bochum

13. K.

7

V e r m e r k :

Frau Sybille Fleischer, Wilhelm-Engel-Str. 11, 44789 Bochum,  
wurde heute schriftlich zur verantwortlichen Vernehmung am

Mittwoch, 06.11.1996, 15.00 Uhr,

geladen.

Bochum, den 25.10.96

*Merkel*  
(Merkel, KK)

PP Bochum

13. K.

Ort/Datum/Uhrzeit

Bochum, 5.11.1996, 15.00 Uhr

Personengebundene Hinweise (z.B. Ausbrecher, gewalttätig)

Familienname / Ehepartner und Namensbestandteile

Fleischer

Sonstige Namen

Geburtsdatum (TTMMJJJJ)

09.12.1963

Geschlecht

☐ m ☒ w

Akademische Grade

Wohnort (ggf. Aufenthaltsort)

Wilhelm-Engel-Str. 11  
44789 Bochum

Beschuldigtenvernehmung  
Personalbogen

☒ Erwachsener  
☐ Heranwachsender  
☐ Jugendlicher  
☐ Ausländer

Bericht

☐ Ausländerbehörde  
☐ Jugendamt

Geburtsname

Fleischer

Vorname(n)

Sybille Margot

Geburtsort (Kreis / Land)

Düsseldorf

Staatsangehörigkeit

deutsch

Spitzname

Familienstand

ledig

Beruf

Rechtsanwältin

Eltern (auch Geburtsname) / Vormund

Vater: Reinhard Fleischer

Mutter: Irmgard Fleischer geb. Sturm

BPA/Pass/Führerschein

Ausstellungsdatum

Behörde

BPA Nr.: 550 830 4620

11.04.1990

Stadt Bochum

Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle)

Einkommensverhältnisse a) z.Z. der Tat b) gegenwärtig

Erwerbslos seit

Ehrenämter

Vor- u. Familienname des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf

Kinder (Anzahl und Alter)

Pflege / Bewährungshelfer (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung)

Schule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule)

Familienverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden)

keine Geschwister

Noch zur Person (u. a. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger; Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift; Ausländer: Aufenthaltserlaubnis/Ausstellungsbehörde; Festnahme/Verbleib; zuständige StA/AZ)

Nach eigenen Angaben keine Vorstrafen.

(Unterschrift bei Personalbogen)

\*] Polizeiinterner Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung

-] Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11 a) vornehmen

NW Pol 11

VI/1983



9  
Zu Beginn meiner Vernehmung zur Sache ist mir eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird.

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir nach dem Gesetz freisteht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Ich bin ferner darüber belehrt worden, daß ich zu meiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen kann.

Ich habe mich wie folgt entschieden:

Ich werde mich zur Sache nicht äußern.

---

*G. R.*  
(Unterschrift)

Geschlossen:

*Merkel*  
Merkel, KK

Vfg.:

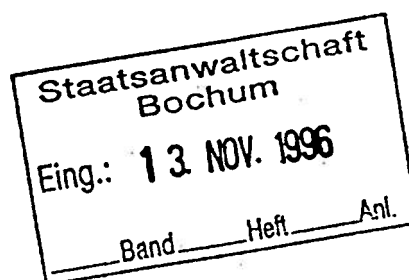
U.m.A.  
der Staatsanwaltschaft

in Bochum

nach Erledigung übersandt.

Bochum, 6.11.1996

*Merkel*  
Merkel, KK



Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, daß diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Die Staatsanwaltschaft trifft ihre EntschlieÙung am 15.11.1996.

10/10/57

KV 1928

### Prüfervermerk zur Vortragsakte

Dem Vortrag liegt das Strafverfahren gegen ~~Becker~~ *Fleischer*  
- StA ~~Hagen~~, 511 JS 83/96 - zugrunde.

*Bohm*

Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlaßt haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

1) Die Beschuldigte Fleischer (F.) dürfte sich einer üblen Nachrede (§ 186 StGB) bzw. einer Verleumdung (§ 187 StGB) nicht hinreichend verdächtig gemacht haben, weil die in der Anzeige mitgeteilten Tatsachen (Ende der Mitarbeit; Anweisung, keine Anrufe durchzustellen) vom Anzeigenerstatter Liebknecht (L.) in seiner Anzeige ausdrücklich eingeräumt werden und damit erweislich wahr sind. Soweit L. in diesem Zusammenhang darauf abstellt, daß nicht F. ihre Mitarbeit beendet, sondern er das Beschäftigungsverhältnis beendet habe, ist darin möglicherweise eine sprachliche Ungenauigkeit des Anzeigentextes, nicht aber Kundgabe einer falschen Tatsache zu sehen.

2) Der Wahrheitsbeweis einer behaupteten Tatsache schließt gem. § 192 StGB eine Bestrafung nach § 185 StGB nicht aus, wenn sich die Beleidigung, d.h. die Herabsetzung des anderen, aus der Form oder den Umständen der Kundgabe ergibt. Die Mitteilung der F., die Mitarbeit bei L. zu beenden, dürfte in der vorliegenden Form nicht zu beanstanden sein, weil es bei Anwälten durchaus üblich ist, etwa die Aufnahme einer Tätigkeit oder die Rückkehr aus dem Urlaub durch solche Zeitungsannoncen bekanntzugeben.

Ungewöhnlich dürfte es dagegen sein, die Anweisung des L. keine Anrufe zu F. durchzustellen, in einer solchen Form kundzutun. Ob dies allein ausreicht, eine Herabsetzung des L. zu begründen, kann jedoch bezweifelt werden, zumal keine näheren Umstände bzw. Gründe dieser Maßnahme in der Anzeige aufgeführt sind. Demgemäß dürfte ein hinreichender Tatverdacht im Hinblick auf §§ 192, 185 StGB zu verneinen sein.

3) Auch eine Strafbarkeit nach § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB kommt wohl nicht Betracht. Zwar gehört die F. dem dort genannten Personenkreis an. Aber der Anwendungsbereich der Vorschrift dürfte darin liegen, den Mandanten im Verhältnis zum Anwalt zu schützen. Den Schutz zwischen Kollegen einer Anwaltskanzlei bezweckt diese Vorschrift dagegen erkennbar nicht. Zudem ist fraglich, ob es sich bei der mitgeteilten Anordnung des L. um ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis handelt. Denn auf diese Anweisung wurde nach den eigenen Angaben des L. bei jedem Anruf in den ursprünglich von F. bearbeiteten Sachen hingewiesen. Als geheim, d.h. nur einem eng begrenzten Personenkreis bekannt, kann die Anweisung des L. damit wohl nicht gesehen werden.

4) Aus diesem Grunde jedenfalls dürfte auch eine Strafbarkeit nach § 17 Abs. 1 UWG ausgeschlossen sein. Vertretbar dürfte es in diesem Zusammenhang auch sein, im Hinblick auf die Stellung des Rechtsanwalts als Organ der Rechtspflege eine aus zwei Anwälten bestehende Praxis befreit nicht als Geschäftsbetrieb i.S.d. § 17 Abs. 1 UWG anzusehen.

5) Bei hinreichenden Tatverdachts ist das Verfahren daher wohl gemäß § 17 Abs. 2 StPO einzustellen. Diese Einstellung ist der F. gem. § 17 Abs. 2 Satz 2 StPO mitzuteilen. Dem L. ist gem. § 171 StPO ein beschender Einstellungsbescheid zu übersenden, in dem hinsichtlich § 185 ff. StGB bzw. § 17 UWG auch auf das Privatklageverfahren Abs. 1 Nr. 2 u. 7 StPO zu verweisen ist.

Kontrolle: StGB, StPO, UWG